

UNFAIRER WETTLAUF UM ROHSTOFFE

DIE EU-HANDELS- UND ROHSTOFFPOLITIK
GEHT AUF KOSTEN ARMER LÄNDER.



DER WETTSTREIT UM ROHSTOFFE

Rohstoffe, die zu den natürlichen Ressourcen zählen, sind für unser Leben unentbehrlich – ohne dass uns dies normalerweise bewusst ist. Die Dinge, mit denen wir uns umgeben, sind aus Rohstoffen wie Erdöl, Holz oder Mineralien hergestellt. Unsere Kleidung wird beispielsweise aus Baumwolle oder zu Leder verarbeiteten Häuten und Fellen gefertigt. Auch unsere Nahrung besteht aus Rohstoffen. Natürliche Ressourcen wie Öl und Gas liefern uns Energie. Und bei Fertigungsprozessen werden Rohstoffe zu anderen Produkten weiterverarbeitet. Unsere Wirtschaft hat sich an die Verfügbarkeit billiger Rohstoffe gewöhnt. Würde die Versorgung aufgrund von Knappheit oder zu hohen Preisen stocken, stünden die Räder still. Doch die natürlichen Ressourcen auf der Erde sind begrenzt. Und der Wettstreit um Rohstoffe wird sowohl durch das Wirtschaftswachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern als auch durch die Tatsache, dass der Rohstoffverbrauch der Industrienationen immer weiter steigt, befördert. Die Versorgung mit Rohstoffen und die Frage, wer den Handel und die Preise kontrolliert, bergen Zündstoff für internationale Konflikte.

Im globalen Vergleich hat die Europäische Union einen hohen Ressourcenverbrauch. Pro Kopf werden in Europa durchschnittlich dreimal so viele Rohstoffe verbraucht wie in Asien und mehr als viermal so viele wie in Afrika. Dies ist eine Folge unserer Wirtschaftsweise, die stark auf Wachstum und die Produktion und den Export von weiterverarbeiteten Industrieprodukten ausgerichtet ist. Aber auch unser Lebensstil und unser Konsumverhalten verursachen diesen hohen Verbrauch. Zugleich ist die EU vergleichsweise arm an Bodenschätzen und darum hochgradig von deren Einfuhr abhängig.

Um die Zukunft der europäischen Rohstoffversorgung zu sichern, hat die EU eine politische Strategie entworfen: die sogenannte *Rohstoffinitiative*. Diese orientiert sich stark an den Interessen der europäischen Wirtschaftsunternehmen, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit sie sichern soll. Die Interessen der Rohstoffe exportierenden Länder und ihrer Bevölkerungen werden hingegen kaum beachtet. Im Gegenteil: Die neue Initiative setzt sie unter Druck, damit sie weiterhin die Ausbeutung und Ausfuhr ihrer Rohstoffe ermöglichen und dadurch günstige Preise auf den Weltmärkten sicherstellen.

BILLIGE LIEFERANTEN? ENTWICKLUNGSLÄNDER IM INTERNATIONALEN ROHSTOFFHANDEL

Schon die Kolonialmächte beuteten weite Teile Afrikas, Asiens und Amerikas als Quelle für billige Ressourcen aus. Rohstoffe wie Kaffee, Gold oder Baumwolle wurden, meist unter Einsatz äußerster Brutalität, in den Kolonien produziert bzw. abgebaut. In unverarbeitetem Zustand wurden sie nach Europa gebracht, um sie dort in den Manufakturen und Industriestätten weiterzuverarbeiten. Noch heute gibt es in den wenigsten Entwicklungsländern Industrie, die die im eigenen Land gewonnenen Rohstoffe verarbeiten könnte. Diese Länder haben oft keine andere Wahl, als den Ausverkauf ihrer natürlichen Ressourcen fortzusetzen. Der Kolonialismus ist zwar offiziell Vergangenheit, doch die kolonialen Handelsstrukturen bleiben bestehen. Der Wert eines Produkts steigt mit dem Grad seiner Verarbeitung. So ist etwa der Wert eines Kupferkabels um ein Vielfaches höher als der Wert des Erzes, aus dem es hergestellt wurde. Durch die Weiterverarbeitung findet also eine Wertschöpfung

statt. Werden Rohstoffe exportiert, so verlassen auch die Gewinne, die eine Weiterverarbeitung gebracht hätte, das Land. Sie fehlen, um soziale Aufgaben zu finanzieren oder den Aufbau der einheimischen Industrie zu fördern und auf diese Weise die Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu reduzieren. Preisschwankungen auf den Weltmärkten, ausgelöst unter anderem durch Spekulation, Überproduktion oder veränderte Nachfrage, erschweren zusätzlich den gezielten Aufbau von neuen Wirtschaftszweigen, da sie Exporterlöse schwer berechenbar machen. Besonders problematisch ist die Abhängigkeit vieler Länder Afrikas vom Export unverarbeiteter Rohstoffe. 71 Prozent der gesamten afrikanischen Exporte bestehen aus Brenn- und Rohstoffen, nur 20 Prozent aus verarbeiteten Produkten. Im Gegensatz dazu bestehen die Exporte der EU zu 80 Prozent aus weiterverarbeiteten Produkten (siehe Abbildung 1).

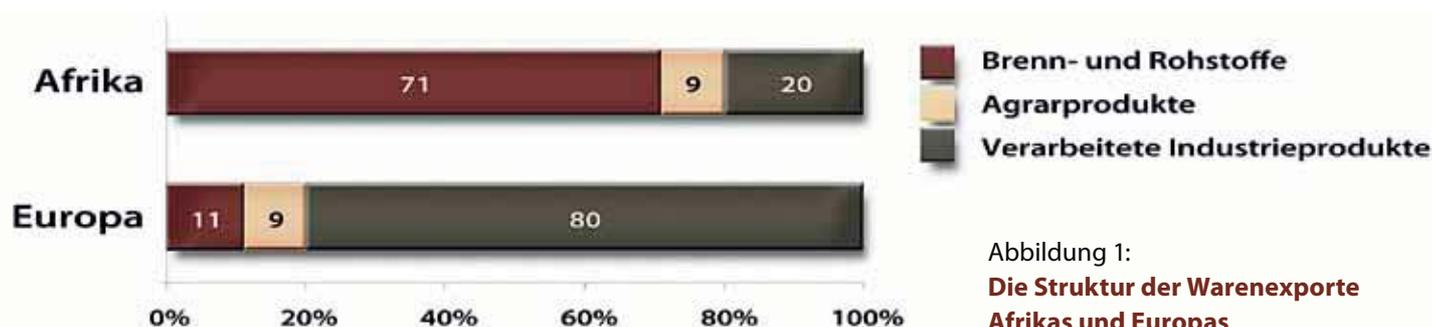


Abbildung 1:
Die Struktur der Warenexporte
Afrikas und Europas

Daten: WTO, its 2007

REGELN FÜR DEN ROHSTOFFSEKTOR: DER STAAT IN DER VERANTWORTUNG

Um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und stärkere Unabhängigkeit vom Rohstoffexport zu erreichen, sind klare Gesetze und Regeln für den Bereich der natürlichen Ressourcen dringend erforderlich. Der Staat muss durch eine effektive politische Steuerung dazu beitragen, soziale und ökologische Schäden zu vermeiden, die Gewinne aus dem Rohstoffabbau besser zu verteilen, damit sie der Bevölkerung in armen Ländern zugutekommen, und die Weiterverarbeitung und Fertigung in den Entwicklungsländern selbst fördern. So erheben einige Länder auf unverarbeitete Rohstoffe eine Ausfuhrsteuer. Dadurch verliert ihr Export an Attraktivität, sie sind auf den nationalen Märkten besser verfügbar und können daher von der einheimischen Industrie zu günstigeren Bedingungen eingekauft und weiterverarbeitet werden. Ausfuhr-

steuern können auch die Staatseinkünfte verbessern, sodass mehr Mittel verfügbar sind, um die wirtschaftliche Entwicklung mit sozialen, infrastrukturellen oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu fördern. Außerdem können sie dem Umweltschutz dienen, etwa wenn durch eine Ausfuhrsteuer auf unverarbeitetes Holz der Kahlschlag von Wäldern eingedämmt wird. Auch die Regulierung von Investitionen in den Rohstoffsektor kann eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben. Setzen die Regierungen der rohstoffreichen Länder verbindliche Standards durch, die Umwelt und Menschenrechte schützen, können Rohstoffausbeutung und Umweltzerstörung reduziert werden. Entwicklungsländer müssen den politischen Handlungsspielraum behalten, diese Instrumente im Interesse ihrer Bevölkerung einzusetzen. Doch genau das wird durch die neue Rohstoffinitiative der EU bedroht.



Gerbfass und Arbeiter im Zentrum für Lederentwicklung, Nairobi. Teil des Verarbeitungsprozesses von Fellen und Häuten zu Leder.

© Mark Curtis

DIE REGULIERUNG VON ROHSTOFFEXPORTEN: DAS BEISPIEL DES LEDERSEKTORS IN KENIA

Welche Bedeutung die Regulierung des Rohstoffexports für arme Länder haben kann, zeigt das Beispiel des Ledersektors im ostafrikanischen Land Kenia.

In Afrika werden 15 Prozent aller Rinderhäute und 25 Prozent aller Ziegen- und Schaffelle weltweit produziert. Der Anteil Afrikas an der globalen Lederproduktion beträgt hingegen nur zwei Prozent, da ein Großteil der Felle und Häute zurzeit unverarbeitet exportiert wird. Die Weiterverarbeitung erfolgt außerhalb Afrikas. Für gebrauchsfertiges Leder und für daraus hergestellte Produkte wie Schuhe, Ledertaschen oder Lederjacken, wird im internationalen Ledersektor ein Preis erzielt, der den für unverarbeitete Felle und Häute um ein Vielfaches übersteigt. In den 1990er Jahren übten internationale Kreditgeber wie die Weltbank massiven Druck auf Kenia aus, seinen Außenhan-

del zu liberalisieren. Die Senkung von Zöllen auf eingeführtes Leder und Lederwaren führte zu einer Krise im kenianischen Ledersektor, da die kenianische Lederindustrie nicht mit Importwaren konkurrieren konnte. Eine Schwemme an billigen Lederimporten verursachte den Verlust tausender Arbeitsplätze in den Gerbereien. Durch die Einbuße von Zolleinnahmen verlor der Staat Einkünfte in Höhe von 1,14 Milliarden Kenia-Schilling (10,2 Millionen Euro) jährlich.

Auf diese verheerende Entwicklung, von der in ähnlicher Weise auch andere Wirtschaftssektoren betroffen waren, reagierte die kenianische Regierung 2006 mit einer umfassenden Strategie (Vision 2030 Programme) zur Industrialisierung und Förderung der Wertschöpfung in den wichtigen Wirtschaftssektoren. Um die einheimische Lederindustrie zu entwickeln, wurden Steuern auf die Ausfuhr von Fellen und Häuten erlassen.

DIE AUSFUHRSTEUER AUF HÄUTE UND FELLE

Die Besteuerung mit anfangs 20, seit 2008 dann 40 Prozent führte zu einem starken Rückgang des Exports unverarbeiteter Felle und Häute. Dafür stiegen die Exporte von Leder an: im Jahr nach Anhebung der Exportsteuer um 54 Prozent. Zwischen 2003 und 2007 vervierfachte sich die Produktion von gebrauchsfertigem Leder.

Seit Kenia die Exportsteuer erhebt, werden 98 Prozent der Häute und 96 Prozent der Felle in einheimischen Gerbereien und Werkstätten weiterverarbeitet. Die Staatseinnahmen sind gestiegen, denn die Gerbereien zahlen heute etwa 100 Millionen Kenia-Schilling Steuern; vor der Erhöhung der Ausfuhrsteuer waren es lediglich 10 Millionen.

Im Zuge des Wiederaufblühens des Ledersektors stiegen die Löhne der Arbeiter/innen um durchschnittlich 21 Prozent. 1.000 direkt und bis zu 6.000 indirekt mit dem Ledersektor verknüpfte Arbeitsplätze wurden geschaffen. Neue Jobs entstanden für die Materialauswahl und Qualitätskontrolle, es wurden Gerber/innen, Mechaniker/innen und Ungelernte, manchmal auch Gelegenheitsarbeiter/innen beschäftigt. Viele, die während der 1990er Jahre ihren Job verloren hatten, wurden nun wieder eingestellt. Häufig waren dies gelernte Arbeiter der Lederindustrie wie Joseph Njugauna (siehe Box), die vorher andere, in der Regel schlechter bezahlte Jobs hatten annehmen müssen.



Joseph Njugauna

© Mark Curtis



Grace Wangunguthu

© Mark Curtis

EIN BESSERES LEBEN

Grace Wangunguthu und Joseph Njugauna fanden Arbeit bei Zingo Investments, einer kleinen kenianischen Gerberei, die in den letzten vier Jahren von ehemals sieben zu heute 25 Mitarbeiter/innen gewachsen ist.

Grace (34) ist verantwortlich für die Sortierung und die Qualitätskontrolle des für den Export bestimmten Leders. Es ist ihre erste Stelle, nachdem sie mehrere Jahre ihre beiden kleinen Kinder betreut

hat. Sie verdient 25.000 Kenia-Schilling (240 Euro) im Monat. Das mag nicht viel erscheinen, ist jedoch fast das Fünffache eines durchschnittlichen Monatseinkommens in Kenia.

Joseph hat bereits 30 Jahre Erfahrung im kenianischen Ledersektor. „Ich habe meinen Job in den Gerbereien in den 90ern verloren“, berichtet er von der Zeit der Marktöffnung, als Tausende entlassen wurden. „Es gab kaum Arbeitsplätze. Wenn ich überhaupt einen Job fand, dann nur als Gelegenheitsarbeiter. Ich verdiente sehr wenig.

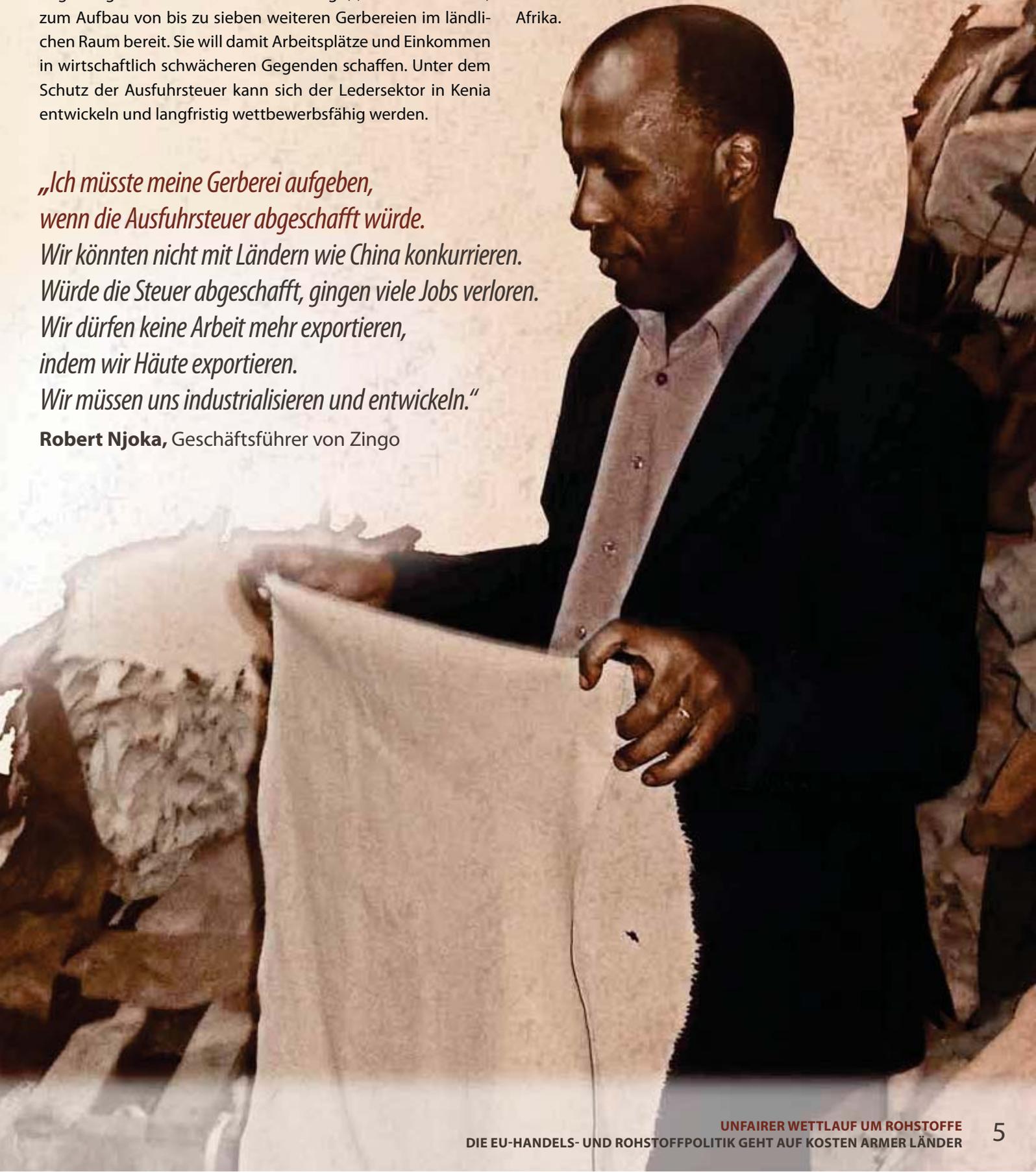
Heute bin ich wieder voll beschäftigt.“ Joseph fing 2009 bei Zingo Investments an. Als geschulter Qualitätsprüfer wählt er die Häute für die Lederproduktion aus und ist außerdem für die Ausbildung von fünf Lehrlingen in der Qualitätskontrolle verantwortlich. Das Unternehmen Zingo Investments rechnet mit einer weiteren Expansion. Seit die Exportsteuern eingeführt wurden, konnte die Produktion von 10.000 auf 200.000 Stück verarbeiteten Leders im Monat erhöht werden.

Die 2006 eingeführte Ausfuhrsteuer brachte einen entscheidenden Anreiz, die in Kenia produzierten Felle und Häute im Inland weiterzuverarbeiten. Die steigenden Einnahmen ermöglichten es der Regierung zudem, Gelder in den Ledersektor zurückfließen zu lassen, um lokale Produzenten zu unterstützen. Kürzlich stellte die kenianische Regierung 175 Millionen Kenia-Schilling (1,7 Millionen Euro) zum Aufbau von bis zu sieben weiteren Gerbereien im ländlichen Raum bereit. Sie will damit Arbeitsplätze und Einkommen in wirtschaftlich schwächeren Gegenden schaffen. Unter dem Schutz der Ausfuhrsteuer kann sich der Ledersektor in Kenia entwickeln und langfristig wettbewerbsfähig werden.

„Ich müsste meine Gerberei aufgeben, wenn die Ausfuhrsteuer abgeschafft würde. Wir könnten nicht mit Ländern wie China konkurrieren. Würde die Steuer abgeschafft, gingen viele Jobs verloren. Wir dürfen keine Arbeit mehr exportieren, indem wir Häute exportieren. Wir müssen uns industrialisieren und entwickeln.“

Robert Njoka, Geschäftsführer von Zingo

Kenias Ledersektor zeigt anschaulich, wie die Abhängigkeit vom Export unverarbeiteter Rohstoffe durch politische Steuerung reduziert werden kann. „Exportsteuern helfen Industrien, auf ein bestimmtes Niveau zu kommen, um angesichts der Konkurrenz aus anderen Ländern wettbewerbsfähig zu werden“, bestätigt Dr. Kiruthu vom Verband der Lederindustrie im östlichen und südlichen Afrika.



DIE NEUE ROHSTOFFSTRATEGIE DER EU

Die weltweit steigende Nachfrage nach Rohstoffen und der unverändert hohe Rohstoffverbrauch in Europa setzen die EU unter Druck. Eine Reaktion darauf ist die Veröffentlichung der neuen Rohstoffinitiative. Statt jedoch den eigenen, im weltweiten Vergleich viel zu hohen Rohstoffverbrauch deutlich zu senken, setzt die EU mit der Initiative vor allem auf die Sicherung billiger Rohstoffimporte (siehe Box). Durch die Verhandlung neuer Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern sollen möglichst alle Hindernisse abgebaut werden, die den Handel mit Rohstoffen einschränken. Im Fokus stehen dabei vor allem Ausfuhrsteuern auf Rohstoffe sowie Regeln und Beschränkungen für ausländische Investitionen, z.B. von europäischen Bergbauunternehmen, die in Entwicklungsländern aktiv sind. Die EU versucht, die Möglichkeit von Entwicklungsländern einzuschränken, einheimische Industrien durch günstigere Konditionen zu unterstützen.

Ein Beispiel dafür sind die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz EPAs), die die EU derzeit mit 78 Staaten in Afrika, in der Karibik und im pazifischen Raum (AKP-Staaten) verhandelt. Die EU argumentiert, Ausfuhrsteuern auf Rohstoffe seien für die wirtschaftliche Entwicklung in armen Ländern kontraproduktiv. Stattdessen sollten die AKP-Staaten alles daransetzen, ihre Exporte zu steigern. Der Entwurf eines Abkommens zwischen der EU und der Ostafrikanischen Gemeinschaft (Kenia, Tansania, Uganda, Ruanda und Burundi) sieht vor, dass die betroffenen Staaten neue Exportsteuern nur mit Zustimmung der EU und nur für eine begrenzte Anzahl von Produkten über einen begrenzten Zeitraum einführen dürfen. Eine Ausfuhrsteuer, wie sie in Kenia auf Häute und Felle durchgesetzt wurde, wäre nach Inkrafttreten des Abkommens nur noch schwer realisierbar.

Zugleich versucht die EU, in den Verhandlungen Bestimmungen zu Investitionen durchzusetzen, die es Entwicklungsländern deutlich erschweren würden, die Bedingungen, unter denen ausländische Unternehmen im Rohstoffsektor investieren können, zu verändern.

Eingeschränkt würde z.B. die Möglichkeit, ausländische Unternehmen zur Kooperation mit lokalen Unternehmen oder zur Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte zu zwingen – ein Mittel, das viele Entwicklungsländer einsetzen, damit Investitionen nicht nur den Investoren, sondern auch der einheimischen Bevölkerung nutzen.



DIE ROHSTOFF-INITIATIVE DER EU

Im Herbst 2008 veröffentlichte die Europäische Kommission die Rohstoffinitiative. Sie besteht aus drei Säulen: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten, Förderung von Rohstoffen aus europäischen Quellen und Reduzierung des europäischen Verbrauchs an primären Rohstoffen. Während es die Initiative bezüglich der dritten Säule bei vagen Ankündigungen zur Förderung eines effizienteren Einsatzes von Ressourcen belässt, sind die Maßnahmen, aus denen sich die erste Säule zusammensetzt, sehr konkret. Gleich drei Bereiche, die Außen-, die Handels- und die Entwicklungspolitik, sollen genutzt werden, um Europas Zugang zu Rohstoffen aus anderen Ländern sicherzustellen.

DIE EU MUSS IN DER ROHSTOFFPOLITIK UMLENKEN



Aktivist/innen demonstrieren für einen Richtungswechsel in der Europäischen Rohstoffpolitik, 1. März 2011, Brüssel.

© Tineke D'haese/Oxfam

Der Fall der EPAs zeigt, wie die EU zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen versucht, staatliche Regulierungen für Umwelt, Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung in armen Ländern auszuhebeln. Damit werden mögliche Wege aus der Abhängigkeit und Armut verschlossen. Das Beispiel Kenias zeigt jedoch, wie Ausfuhrsteuern erfolgreich eingesetzt werden können. Kenias Regierung hat so die Kontrolle über die Ausfuhr unverarbeiteten Leders erlangt und diese genutzt, um den Ledersektor zu fördern. Verlieren Entwicklungsländer die Kontrolle über die Rahmenbedingungen, zu denen ihre Rohstoffe produziert, exportiert und Gewinne verteilt werden, fehlen ihnen entscheidende politische Steuerungsinstrumente. Um eigene Industrien aufzubauen, müssen diese Länder die Möglichkeit haben, neue und junge Unternehmen vom Weltmarkt abzuschirmen und besonders zu unterstützen. Nur wenn solche Unternehmen in einem geschützten Raum wettbewerbsfähig werden können, lässt sich langfristig eine Verbesserung der Lebensumstände in armen Ländern erzielen. Genauso wichtig ist, dass Entwicklungsländer den politischen Handlungsspielraum behalten, die Produktionsbedingungen im Rohstoffsektor zu steuern. Soziale und ökologische Risiken können nur durch verbindliche Regeln für die Rohstoffe abbauenden Industrien eingedämmt werden.

DER ROHSTOFFHUNGER DER EU BEDROHT DIE ENTWICKLUNGSSCHANCEN ARMER LÄNDER

Zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit setzt die Rohstoffinitiative der EU auf die unbeschränkte Versorgung mit Ressourcen aus anderen Teilen der Welt. Entwicklungs- und umweltpolitische Aspekte werden bei dieser Ausrichtung missachtet.

Statt den unbeschränkten Zugang ihrer Industrie zu Rohstoffen durch neue Handelsabkommen zu erzwingen, sollte die EU zuerst vor der eigenen Haustür kehren und ernsthaft an einer Neuausrichtung ihrer Wirtschaft arbeiten. Das Kernproblem, das es anzugehen gilt, ist der im weltweiten Vergleich massive Überkonsum von Ressourcen in Europa. Ein weiteres Wachstum der europäischen Wirtschaft oder allein eine Fortführung des Rohstoffverbrauchs auf heutigem Niveau kann nur auf Kosten von Menschen in anderen Teilen der Welt und nachfolgender Generationen geschehen.

Statt immer mehr Rohstoffe zu verarbeiten und mögliche Rohstoffkonflikte anzuzetteln, muss die EU einen Wandel einleiten, der die Abhängigkeit ihrer Industrien von sensiblen Rohstoffen

aus anderen Ländern reduziert. Weniger Rohstoffe insgesamt zu verbrauchen und jene, die eingesetzt werden, weiter- und wiederzuverwerten, sind ergänzende Schritte auf diesem Weg. Die EU sollte die gerechte Nutzung der weltweiten natürlichen Ressourcen und eine nachhaltige Entwicklung für alle fördern. Dafür sollte sie arme Länder bei der Ankurbelung ihrer Wirtschaft, der Verringerung ihrer Abhängigkeit von Rohstoffexporten, der Erhöhung der Wertschöpfung vor Ort und dem Schutz der endlichen natürlichen Ressourcen unterstützen. Sie sollte sich international dafür einsetzen, dass Entwicklungsländer das ökonomische Potenzial ihrer Rohstoffe ganz ausschöpfen und auf diese Weise wirtschaftlich unabhängiger werden können.

Für die EPAs und andere Handelsabkommen gilt: Ausfuhrsteuern und die Regulierung von Investitionen müssen erlaubt bleiben. Sie sind wichtige Instrumente, um negative Entwicklungen, die aus einem unkontrollierten und uneingeschränkten Abbau von Rohstoffen entstehen können, zu verhindern.

MEHR ERFAHREN UND AKTIV WERDEN!

Helfen Sie mit, dass die EU einen verantwortlichen Umgang mit Rohstoffen pflegt und ihre Handels- und Investitionspolitik ändert.

Besuchen Sie unsere Webseiten, um mehr über unsere Kampagne zum Rohstoffhandel und Aktionen zu erfahren:

www.oxfam.de/informieren/eu-handelspolitik

www.weed-online.org/themen/wto



weed

IMPRESSUM

**Unfairer Wettlauf um Rohstoffe.
Die EU-Handels- und Rohstoffpolitik
geht auf Kosten armer Länder.**

Hrsg.: **Oxfam Deutschland e.V.** und **WEED e.V.**, März 2011

Autorin: **Marieke Kodweiß**

Redaktion: **David Hachfeld** und **Nicola Jaeger**

Soweit nicht anders gekennzeichnet, entstammen die für diese Publikation verwendeten Daten und Quellen dem Bericht „Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht“, herausgegeben von Oxfam Deutschland e.V., WEED e.V., Traidcraft Exchange, AITEC und Comhlámh, November 2010.

Quellhinweise für Bilder:

Titel: © **ares**, www.areshumour.com

S. 3, 4/5: © **Mark Curtis**

S. 6/7: © **Tineke D'haese/Oxfam**

Layout: **Marcel Zienert**



Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben ausschließlich die Ansicht von Oxfam Deutschland e.V. und WEED e.V. wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft dar.

Bestelladressen in Deutschland

Oxfam Deutschland e.V.

Greifswalder Str. 33a

10405 Berlin

T +49 30 4285 0621

F +49 30 4285 0622

E info@oxfam.de

www.oxfam.de

Weltwirtschaft,

Ökologie & Entwicklung e.V. – WEED

Eldenaer Str. 60

10247 Berlin

T +49 30 275 82 163

E weed@weed-online.org

www.weed-online.de

Diese Publikation ist als Teil eines gemeinsamen Projekts von Traidcraft Exchange (Vereinigtes Königreich), Comhlámh (Irland), AITEC (Frankreich), Oxfam Deutschland e.V. und WEED e.V. (Deutschland) entstanden.



Für die Inhalte dieses Textes sind ausschließlich Oxfam Deutschland e.V. und WEED e.V. verantwortlich.